



attac

Schorndorf
Schwäbisch Gmünd
Waiblingen
Stuttgart

EU - DIENSTLEISTUNGS - RICHTLINIE



Deregulierung der
Dienstleistungen in
der EU führt zum
freien Fall der
Sozialen Standards.

Aufruf für eine Großdemonstration in Strasbourg am
11. 2. 06 gegen die Dienstleistungsrichtlinie

„Die Wettbewerbsfähigkeit der EU muss eindeutig Priorität gegenüber den Zielen sozialer Ausgleich und Umweltschutz haben.“

Charlie McCreevy, EU-Binnenmarktskommissar

Am 14. Februar soll im EU-Parlament, in der ersten Lesung die Dienstleistungsrichtlinie behandelt und abgestimmt werden. Unter dem Vorwand „bürokratische Hindernisse“ abbauen zu wollen, sollen alle Dienstleistungen einem schonungslosen Wettbewerb unterworfen werden. Es sind alle Dienstleistungen von Altenpflege, Gesundheitsdienste, Wasserver- und Müllentsorgung, Bildung bis hin zu Handwerk und Leiharbeit betroffen.

Alles wird zum Spielball kommerzieller Interessen.

Die **Dienstleistungsrichtlinie** ist der bisher **radikalste und umfassendste Angriff auf die Sozialsysteme** der EU-Staaten und mit der **Lissabon-Strategie** Teil einer europäischen „**Reform- und Wachstumsstrategie**“, die den Konzernen Riesengewinne beschert, Arbeitsplätze vernichtet und den Einzelnen zunehmend finanzielle „Eigenverantwortung“ für ihre Alters- und Gesundheitsversorgung aufbürdet.

Laut der sog. Lissabon-Strategie, im Jahr 2000 verabschiedet, soll die EU bis 2010 der „wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum in der Welt“ sein. Dieses Ziel soll u.a. erreicht werden,

- a) durch die Vollendung des Binnenmarkts für Dienstleistungen, - Bolkestein lässt grüßen,
- b) durch die Öffnung bisher abgeschirmter und geschützter Sektoren, d.h. Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Güter,
- c) durch stärkere Unternehmerfreundlichkeit, d.h. u. a. niedrigere Steuern für Unternehmen, Verlängerung der Arbeitszeit und mehr „Eigenverantwortung“ der Einzelnen für Gesundheit, Rente etc., also eine weitere Strategie für eine Umverteilung von unten nach oben und
- d) durch Steigerung der Flexibilität und Anpassungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt, das sind Minijobs und die 1 Euro Jobs, der ausgehöhlte Kündigungsschutz.

Sogar die obligatorische Registrierung einer Geschäftsaufnahme will die Kommission verbieten. Damit setzt das Herkunftslandprinzip eine effektive Wirtschaftsaufsicht in der Europäischen Union faktisch außer Kraft. Künftig könnte sich jedes Unternehmen durch Sitzverlagerung oder die simple Gründung einer Briefkasten-Firma im EU-Ausland lästiger inländischer Auflagen entledigen. Ört-



liche Tarifverträge, Qualifikationsanforderungen, Standards beim Arbeits-, Umwelt- oder Verbraucherschutz könnten auf einfache und billige Weise unterlaufen werden. Unternehmen und Dienstleister könnten sich in demjenigen EU-Land registrieren lassen, in dem Auflagen wie Tarifverträge, Umwelt- oder Arbeitsschutz und die Steuern am niedrigsten sind.

So werden die ArbeitnehmerInnen innerhalb der EU gegeneinander ausgespielt, es wird ein Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und Standards in Gang gesetzt, den wir alle verlieren werden.

Für wen gilt die Richtlinie?

Da die Richtlinie für fast alle Dienstleistungsbereiche gelten soll – vom Handel über Reparatur- und Wartungsbetriebe, Tourismus, Pflegedienste, Abwasser bis zum Steuerberater – sind wir alle als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, als Verbraucherinnen und Verbraucher und als Bürgerinnen und Bürger betroffen. Das Ergebnis wäre ein europäischer Dienstleistungsmarkt ohne staatliche Regulierung! Die Berichte über menschenunwürdige Arbeitsbedingungen in Schlachtereien und auf Baustellen wären dann kein Skandal mehr, sondern geltendes (Un-)Recht und flächendeckende Realität in Europa.



Was wären die Folgen?

Die Kanzlerin meint in der ZEIT vom 17. 11. 2005: Die Auseinandersetzung um die Dienstleistungsrichtlinie sei »übertrieben.« Stellen wir nüchtern fest, wie die Folgen aussehen würden:

- Firmen würden sich dort niederlassen, wo sie am wenigsten Auflagen erfüllen und die niedrigsten Löhne gezahlt werden müssen. Sie würden sich dort niederlassen, wo sie die niedrigsten Steuern und Abgaben zahlen.
- 25 Rechtssysteme in Europa würden in Konkurrenz treten.
- In allen Ländern würde der Wettlauf um die schlechtesten Arbeitsbedingungen und Standards, die niedrigsten Steuern und Auflagen für Unternehmen auf die Spitze getrieben. Viele Handwerker und die öffentliche Daseinsvorsorge würden auf der Strecke bleiben. Tausende von Arbeitsplätzen würden verloren gehen oder durch Sklavenarbeit ersetzt werden. Die öffentlichen Kassen würden weiter ruiniert.
- Die Verbraucherinnen und Verbraucher stünden vor einem Chaos. Was darf in einer bulgarischen Bratwurst eigentlich drin sein? Und was nicht? Keine Ahnung.
- Und die Demokratie? Die europaweite Ablehnung des europäischen Verfassungsentwurfs hat gezeigt: Die Bürgerinnen und Bürger wollen ihre Arbeitsbedingungen, die Qualität ihrer Dienstleistungen und ihre Rechte keiner Brüsseler Behörde und erst recht nicht dem »freien« Markt überlassen. Sie wollen ein soziales Europa, Arbeit von der man leben kann und Bratwürste, die man bedenkenlos essen kann.

**Weg mit Bolkestein und weg mit der Lissabon-Strategie,
der europäischen sozialen Abrissbirne!**

Wir fordern dagegen eine Richtlinie,

- a) die **alle öffentlichen Güter** (öffentlicher Verkehr, Wasser-, Abwasser- und Energieversorgung etc) und **Dienstleistungen** (Bildung, Gesundheit und dgl) auf europäischer Ebene **vor Privatisierung und Deregulierung schützt!**
- b) die **Harmonisierung der Kernbereiche von Arbeits-, Qualitäts-, Verbraucher- und Umweltschutzstandards auf höchstem Niveau** als ein Herzstück des Europäischen Binnenmarktes!

Dabei müssen verbindliche Standards zur Einbindung von Unternehmen in soziale und ökologische Verantwortung gesetzt werden, statt unverbindliche freiwillige Verhaltenskodizes einzuführen.

Statt Wettbewerb um die niedrigsten Steuern, Sozial-, Lohn- und Arbeitsstandards wollen wir einen Wettbewerb um die höchsten Standards. Nur so können wir ein demokratisches, soziales und ökologisches Europa aufbauen, dass allen Menschen ein Leben in Würde und in gesunder Umwelt ermöglicht.

Demonstration in Strasbourg vor der 1. Lesung im EU-Parlament!

Damit unser Protest sichtbar wird, wollen soziale Bewegungen und Gewerkschaften am 11. und am 14. Feb. demonstrieren.

11. Februar 2006

Demonstration gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie in Strasbourg

Abfahrtszeiten:

Schwäbisch Gmünd Bahnhof 09Uhr;
Schorndorf Busbahnhof 09:30 Uhr; Waiblingen
Bahnhof 09:45 Uhr; Stuttgart Busbahnhof 10:00 Uhr;
Leonberg Bahnhof 10:15 Uhr

Preis: 10,-€

Karten und Infos: Adolf Riekenberg (07182-49 112) E.Mail:
buero@schweissen-sfi.de (Ermäßigungen nach Absprache möglich!)

IGM-Waiblingen: 10 Uhr Bahnhof Waiblingen,
Ver.di-Stuttgart: Busbahnhof Bahnsteig 11: 8:30 Uhr,

14. Februar 2006

Ver.di-Stuttgart: Busbahnhof 11: 9:00 Uhr,
Mitglieder kostenlos